



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

13. Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue  
Staatenkonferenz

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

licher Aussprache mit dem Ministerpräsidenten und nach Einsichtnahme in die schriftlichen Unterlagen wie folgt:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Überzeugung gekommen, dass Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, dass die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, dass bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, dass die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen habe.

Am Abend des 2. Dezember folgt eine von Eisner verlesene Erklärung des Gesamtministeriums. Sie erhebt den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage zum Programmpunkt und übernimmt dem Auslande gegenüber die Bürgschaft, dass das neue bayerische Staatswesen sich in Ruhe entwickeln werde. Die Methode des Terrors und der privaten Expropriation wird abgelehnt, jedoch die Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu mitwirkenden Körperschaften in der neuen Ordnung anerkannt. Abschaffung der stehenden Heere in aller Welt und baldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung bilden die Schlusspunkte.

Noch am gleichen Tage macht der Ministerpräsident auf Grund dieser Verhandlungen der Reichsleitung den unter Nr. 13 folgenden Vorschlag

Nr. 13

**Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz.**

Telegramm

München, den 2. Dezember 1918

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, dass sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kund-

gebung der äusseren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerlässlichen Programmpunkten gehören die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und der Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Grösse der Bundesstaaten aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner

Nr. 14

**Geheimer Beschluss des Ministerrates vom 3. Dezember<sup>1)</sup>**

Es besteht Einverständnis, dass Ministerpräsident Eisner die Beziehungen zum Auswärtigen Amt wieder anknüpft, wenn Solf und Erzberger ausscheiden. Erzberger hat einen Kommissar beigeordnet erhalten.

Nr. 15

**Beschluss des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin**

Telegramm<sup>2)</sup>

Berlin, den 3. Dezember

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Gross-Berlin fordert im Einverständnis mit dem Vollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates von Bayern, dass die bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Solfs schleunigst erfüllt wird.

Zweitens, dass an Stelle Solfs ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und dessen Kriegspolitik war.

Drittens die Zusicherung, dass Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht mehr teilnimmt.

<sup>1)</sup> Verhandlungsniederschrift des Ministerrats im Ministerium des Aussern.

<sup>2)</sup> Abgedruckt im stenographischen Bericht der 6. Sitzung des Landessoldatenrates.